

Der Nahost-Krieg und die Folgen: Auch Deutschland droht Stagflation

Der Krieg im Nahen Osten wird länger und teurer als gedacht. Für den Kollektiven Westen, vor allem für die deutsche Wirtschaft, bedeutet dies eine harte Belastungsprobe. Für den normalen Bürger heißt das: noch sparsamer leben! Dafür können sie sich bei Trump und seinen europäischen Unterstützern bedanken!

Von Rainer Rupp

11.3.2026

<https://gegenzensur.rtde.world/meinung/272684-auch-deutschland-droht-stagflation-durch/>

Finanzmärkte und Kriegsentwicklung

Laut dem auf Wirtschaftsnachrichten spezialisierten US-Medienkonzern *Bloomberg* verfliegt an den globalen Finanzmärkten die Hoffnung auf ein schnelles Ende des Konflikts im Nahen Osten rapide. In einem Artikel vom Montag, dem 9. März 2026, heißt es, was vor wenigen Tagen noch eine abwartende Haltung gewesen sei, habe sich inzwischen in eine klare Panikstimmung verwandelt. Die Anleger rechneten nun mit einem tiefgreifenden und langanhaltenden Schock bei der Energieversorgung, der das Wirtschaftswachstum bremsen und gleichzeitig die Inflation wieder anheizen könnte – ein klassisches Szenario der "Stagflation", ein Begriff, der wirtschaftliche Stagnation bei gleichzeitiger Inflation bezeichnet, also ein Horrorszenario.

Seit Beginn des brutalen, unprovzierten, völkerrechtswidrigen US-israelischen Angriffskriegs gegen Iran sind laut Artikel weltweit rund 6 Billionen US-Dollar an Börsenwert vernichtet worden. Auch die Anleihemärkte, auf denen zum Beispiel Staatsanleihen wie Bundesschatzbriefe gekauft und verkauft werden, hätten stark gelitten, da die Händler ihre Erwartungen an die Zinsentwicklung komplett umstellen müssten.

Teheran lehnt Waffenstillstand ab

Die Wende kam vor allem durch Aussagen von US-Präsident Donald Trump. Weil der Krieg offensichtlich nicht nach seinen Erwartungen verläuft, hatte er am vergangenen Sonntag in einem sichtlich verärgerten Ton angekündigt, die USA könnten nun auch bisher nicht angegriffene Gebiete in Iran ins Visier nehmen. Dem vorausgegangen war ein Interview des US-Nachrichtensenders *ABC News* mit dem iranischen Außenminister Abbas Araghtschi. Dieser berichtete, dass von US-Seite ein Waffenstillstand angeboten worden sei, der aber von Teheran resolut abgelehnt wurde.

Araghtschi betonte gegenüber *ABC News*, dass Iran aus der jüngsten Vergangenheit gelernt habe. Wenn Iran diesmal erneut nachgeben würde – wie bereits im Juni 2025 –, dann würden die USA beziehungsweise die Zionisten in der Atempause wieder aufmunitionieren und in einem halben Jahr, womöglich erneut inmitten angeblich seriöser Verhandlungen, einen Überraschungsangriff beginnen. Nein, diesmal werde man den Kampf gegen die Aggressoren bis zum Ende auskämpfen, auch wenn das noch viele Monate oder Jahre dauern werde, so der Tenor des Außenministers.

Dabei dürfte Araghtschi von der nicht unberechtigten Annahme ausgehen, dass sich die Vorräte der US-Streitkräfte, vor allem an Raketen, rapide dem Ende zuneigen und die hochgezüchteten westlichen Finanzmärkte und Volkswirtschaften bei einer länger andauernden Schließung der Meerenge von Hormus zu kollabieren drohen. Derlei Überlegungen haben aktuell vor allem in westlich orientierten Wirtschaftskreisen zu heftigen Diskussionen geführt. Aber für die "Intelligenzbestie" Trump, der sich bereits selbst als GröFaZ (Größter Feldherr aller Zeiten) feiert, sind das alles Lappalien. Ein Ölpreis von 100 Dollar sei "ein sehr kleiner Preis" für "Sicherheit und Frieden", meinte Netanjahus Sprechpuppe Trump beiläufig.

Auswirkungen auf Märkte und Energiepreise

Tatsächlich war am Montagmorgen der Ölpreis (Brent) bereits auf 120 Dollar gestiegen, ein Sprung von 29 Prozent – der stärkste Tagesanstieg seit fast sechs Jahren. Die Aktivitäten an den Börsen schnellten hoch, das Handelsvolumen lag weit über dem Monatsdurchschnitt, die Aktienpreise gingen jedoch nach unten. "Das Pendel schwingt in Richtung Panik", zitierte *Bloomberg* Danny Wong, Chef von Areca Capital. "Es gibt einen Ansturm, alle risikoreichen Anlagen zu verkaufen oder zu reduzieren."

Und Rajeev De Mello von der Vermögensverwaltung GAMA Asset Management erklärte: "Die Anleger mussten die Wahrscheinlichkeit erhöhen, dass das schlimmstmögliche Szenario eintritt." Die neue Herausforderung liege jetzt in der "stagflationären Natur des Schocks".

Auslöser des Schocks war unter anderem die Nachricht von weiteren Angriffen auf Energieinfrastruktur auf beiden Seiten sowie die Ernennung des Sohnes des verstorbenen Ajatollah Chamenei zum neuen Obersten Führer in Iran – ein Zeichen der Entschlossenheit des Landes, nicht zu verhandeln und weiterzukämpfen.

Als Beweis für seine rapide abnehmenden kognitiven Fähigkeiten hat Trump sogar vor internationalen Medien gefordert, höchstpersönlich den Nachfolger des iranischen Staatschefs Ajatollah Chamenei bestimmen zu wollen, der zu Beginn des Krieges mitsamt seiner Familie durch einen gezielten Raketenangriff der US-Zionisten ermordet wurde. Das bestätigt den begründeten Verdacht, dass die USA nach Joe Biden mit Trump einen zweiten debilen Psychopathen an der Spitze ihrer Regierung haben.

Energiesicherheit wird wieder zum zentralen Wirtschaftsthema

Kein Wunder also, dass in den USA die Sorgen und Ängste immer größer werden. *Bloomberg* zitiert am Montag den Hedgefonds-Manager Matthew Haupt von Wilson Asset Management mit den Worten:

"Ich dachte, diese Woche könnte ich mal schlafen – Fehlanzeige. Die Anleger stellen sich jetzt auf einen langen Winter ein. Die Risiken weisen klar nach unten, und es gibt keinen klaren Zeitplan für ein Ende."

Nicht nur die Aktienkurse fielen, sondern auch die Anleihen gerieten unter Druck. Renditen stiegen in Asien und Europa stark an – in Großbritannien kletterten seit Kriegsbeginn kurzfristige Renditen um fast 60 Basispunkte. Europäische Blue-Chip-Aktien fielen bis zu 3,1 Prozent.

Taku Ito von Nissay Asset Management kommentierte: "Der Markt verkauft heute alles, unabhängig von Größe oder Stil. Wenn die Inflation anhält, während die Arbeitsnachfrage nachlässt, wird eine US-Rezession unvermeidlich. Für die Aktienmärkte wäre das das Aus."

Die Kosten für Kreditausfallversicherungen (CDS) bei Unternehmen mit guter Bonität erreichten in Europa und Asien den höchsten Stand seit Mai. Globale Hochzins-Kreditindizes gaben fast alle Jahresgewinne wieder ab. An den Zinsmärkten schieben Händler Zinssenkungen der Fed weiter nach hinten – teilweise bis September oder sogar ganz aus diesem Jahr heraus. Im Euroraum wetten sie nun auf Zinserhöhungen, möglicherweise schon im Juni.

Aus den Schwellenländern Asiens (ohne China) zogen ausländische Investoren vergangene Woche 14,2 Milliarden Dollar ab – der höchste Abfluss seit mindestens 2009, vor allem aus Südkorea und Taiwan. Nigel Green von deVere Group schrieb laut *Bloomberg*: "Öl ist der Zündfunke. Energiesicherheit ist plötzlich wieder das entscheidende makroökonomische Thema."

Wahrscheinliche Auswirkungen des Iran-Kriegs auf Deutschland

Vor dem düsteren Hintergrund des *Bloomberg*-Berichts droht auch Deutschland eine spürbare Abkühlung der ohnehin bereits vom "grünen Irrsinn" angeschlagenen Wirtschaft. Deutschland importiert zwar nur wenig Öl direkt aus der Golfregion, doch die weltweiten Preise steigen für alle.

Laut Berechnungen des Instituts der deutschen Wirtschaft (IW) würde ein Ölpreis von 100 Dollar das deutsche Bruttoinlandsprodukt 2026 um 0,3 Prozent und 2027 sogar um 0,6 Prozent drücken – das sind insgesamt rund 40 Milliarden Euro weniger Wirtschaftsleistung. Bei 120 Dollar oder mehr könnte der Schaden noch größer ausfallen.

Wegen der selbstmörderischen EU-Sanktionen gegen preiswerte und verlässliche Energieimporte aus Russland leiden die Schlüsselbranchen der deutschen Industrie (Auto, Chemie, Maschinenbau) bereits schwer unter exzessiv hohen Energiepreisen. Das wird jetzt noch schlimmer werden.

Denn höhere Energiekosten machen alle Produkte teurer – nicht nur in der Produktion. Auch die Transportkosten für alle gehandelten Waren steigen, einschließlich der Lebensmittel, die zudem einem weiteren Schlag ausgesetzt sind, weil auch die aus Erdgas gewonnenen Kunstdünger für die Landwirtschaft teurer werden.

Zudem werden Lieferketten unterbrochen. Aufträge aus dem Ausland brechen weg. Eine Rezession wird immer wahrscheinlicher. Bleibende Schäden sind unumgänglich. Selbst wenn die Straße von Hormus nach ein paar Wochen oder Monaten wieder geöffnet würde, wäre nicht alles wieder wie zuvor.

Auch finanziell gerät vieles ins Wanken. Der deutsche Börsenleitindex DAX ist bereits stark gefallen (aktuell droht ein Einbruch auf den tiefsten Stand seit Frühjahr 2025). Viele Aktienfonds und Depots verlieren deutlich an Wert.

Gleichzeitig steigen die Zinsen: Die Europäische Zentralbank (EZB) muss wegen der neuen Inflationswelle Zinssenkungen verschieben oder sogar über Erhöhungen nachdenken. Kredite für Häuser, Autos oder Firmen werden teurer. Staatsanleihen (Bundesanleihen) verlieren an Wert, was die Staatsschulden verteuert.

Für Sparer mit Tagesgeld oder Festgeld klingt ein höherer Zins zunächst gut – doch die höhere Inflation frisst den Gewinn schnell wieder auf.

Auswirkungen auf Bevölkerung und Politik

Sozial trifft diese Entwicklung vor allem die Normalbürger. Benzin, Diesel und Heizöl werden spürbar teurer – viele Familien merken das schon beim Tanken und beim nächsten Abschlag. Auch Lebensmittel und Transportkosten steigen, weil alles per Lkw oder Schiff transportiert wird.

Das belastet das Haushaltsbudget, besonders bei Rentnern, Geringverdienern und großen Familien. Wenn die Wirtschaft schwächelt, drohen Kurzarbeit und Stellenabbau in der Industrie. Die Stimmung im Land könnte kippen und sich in wachsender Unzufriedenheit, gewalttätigen Protesten und politischem Druck auf die Regierung äußern, was Milliardenhilfen für die Ukraine zur Fortführung des Stellvertreterkriegs gegen Russland zusätzlich erschweren dürfte.

Kurz gesagt: Was als Krieg im fernen Iran begann, kommt uns bereits innerhalb einer Woche teuer zu stehen. Die Bundesregierung wird wahrscheinlich wieder Entlastungspakete schnüren (Tankrabatt, Heizkostenzuschuss), doch das kostet Milliarden zu höheren Zinsen und belastet den Bundeshaushalt erheblich.

Die EZB sitzt in der Zwickmühle zwischen Inflationsbekämpfung und Konjunkturstützung. Für den normalen Bürger heißt das: noch sparsamer leben! Dafür können sie sich bei Trump und seinen europäischen Unterstützern bedanken.